

Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

17. Wahlperiode

Abgeordneten-Büro Berlin:

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Tel.: 030/227/72542 • Fax: 030/227/70132

E-Mail: thomas.strobl@bundestag.de

Internet: www.thomas-strobl.de

Abgeordneten-Büro Heilbronn:

Badstraße 14 • 74072 Heilbronn

Tel.: 07131/9824215 • Fax: 07131/9824216

E-Mail: thomas.strobl@wk.bundestag.de

Internet: www.thomas-strobl.de

Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche

Entscheidung vertagt.

Opposition verhindert rasche Einigung bei ALG-2-Reform

Wie Sie sicherlich den Medien entnommen haben, sind die Verhandlungen mit der Opposition über die Hartz-IV-Reform diese Woche gescheitert. Die Union bedauert es sehr, dass bei der SPD anscheinend Parteitaktik wichtiger ist als das Wohl der Betroffenen und ihrer Kinder. Die CDU-geführte Bundesregierung hat alles für eine gute Lösung getan. Union und FDP sind der Opposition während des von Thomas Strobl geleiteten Vermittlungsverfahrens immer wieder entgegengekommen und hatten unter anderem folgende weitreichende Angebote gemacht:

Der Regelsatz sollte um fünf auf 364 Euro erhöht werden. Dieser Betrag ist das Ergebnis transparenter Berechnungen, wie sie das Bundesverfassungsgericht eingefordert hatte. Wer dieses Transparenzgebot ernst nimmt, muss dem Geschacher um eine willkürliche Festlegung des Regelsatzes eine Absage erteilen.

Das Bildungspaket sollte über den Kreis der Hartz-IV-Empfänger hinaus, z.B. auf Kinder von Wohngeld-Beziehern, ausgeweitet werden.

Das geplante kostenlose Mittagessen sollte über Schulen und Kindergärten hinaus auch in Horten angeboten werden können.

Die Kommunen sollten bis 2015 um mehr als 12 Milliarden Euro entlastet werden, indem der Bund die Kosten der Grundsicherung für bedürftige Rentner übernommen hätte.

Diesen erheblichen Verbesserungen für Kinder, aber auch für Städte und Gemeinden hat sich die Opposition verweigert. Sie hat auch in dieser Woche ständig neue, nicht finanzierbare Forderungen draufgelegt. Das lässt nur einen Schluss zu: Die Opposition war an einer Einigung nie interessiert und führt Wahlkampf auf dem Rücken von Kindern und Langzeitarbeitslosen.



(Versuchten, die SPD von ihrer Blockade-Haltung abzubringen: Arbeitsministerin von der Leyen und VA-Vorsitzender Thomas Strobl)

Die Koalition will am heutigen Freitag dem Bundesrat ihr Angebot mit einem verfassungsfesten Gesetzesvorschlag unterbreiten. Allerdings hat die christlich-liberale Koalition im Bundesrat keine eigene Mehrheit. Es liegt also in der Verantwortung der Ministerpräsidenten der SPD, Farbe zu bekennen, ob ihnen Parteitaktik tatsächlich wichtiger ist als die Schaffung guter Bildungschancen für die Kinder.

Bei Redaktionsschluss war die Bundesratssitzung noch nicht abgeschlossen, doch vermeldeten die Agenturen, dass die Abstimmung verschoben werden und erneut der Vermittlungsausschuss angerufen werden soll.

Das hieße: Entscheidung vertagt, ohne dass die SPD Farbe bekannt und ihr Blockadeverhalten offen gelegt hat.

Dies ist aus Oppositionssicht taktisch zwar nicht unklug, weil es SPD, Grüne und Linke des Zwangs enthebt, ganz offiziell die Verantwortung für das Scheitern der SGB-Reform zu übernehmen.

Dennoch ist das Ergebnis in der Konsequenz mit dem einer offenen Ablehnung insofern identisch und daher zu bedauern, als die ALG-2-Empfänger nun weiter auf die Anhebung der Regelsätze und die Kommunen auf die in Aussicht gestellte Kostenentlastung warten müssen.

Hierzu bemerken Thomas Strobl und der für die Belange der Kommunen zuständige Sprecher der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg Peter Götz MdB:

„Spät begreifen die SPD-Ministerpräsidenten, dass die Bundesregierung die umfassendste Kommunalentlastung der letzten Jahrzehnte vorgelegt hat. Die Kommunen haben viel zu gewinnen, aber auch viel zu verlieren. Jetzt sind die Kommunalpolitiker in den SPD-geführten Bundesländern aufgefordert, parteiübergreifend auf ihre Landesregierungen einzuwirken.“

Die Blockade-Parteitaktik der SPD schadet den Städten, Gemeinden und Landkreisen. Die unklare Haltung der SPD-Ministerpräsidenten und die ungewisse Aussicht sind unbefriedigend. Es besteht die Gefahr, dass die kommunalfreundli-

chen Aspekte aus der politischen Agenda fallen.“

DIESE WOCHE IM PLENUM:

„Mittelstandsförderung“ und „60 Jahre Charta der Heimatvertriebenen“

Zu beiden zentralen Plenarthesen hatte die Unionsfraktion Thomas Strobl als Redner nominiert.

Als E-Mail-Bezieher erhalten Sie zu Ihrer Information die Reden im Anhang zugeschickt. Fax-Abonnenten können sich die Beiträge Thomas Strobls bei Interesse auf dem Postwege übersenden lassen. Kontakt: 030 / 227 72542.



Hintergrund:

Mittelstandsförderung: Die Koalitionsfraktionen hatten einen Antrag eingebracht, der darauf gerichtet ist, die Rahmenbedingungen für den Mittelstand weiter zu verbessern und vor allem bürokratische Hemmnisse in Deutschland und Europa konsequent abzubauen. Die Fraktionen von CDU/CSU und FDP fordern die Bundesregierung auf, im Rahmen der bestehenden Haushaltsmittel entsprechend den Festlegungen im Koalitionsvertrag sobald wie möglich kleine und mittlere Einkommen stärker zu entlasten, die Gemeindefinanzen wachstumsfreundlich zu reformieren und nach

Möglichkeit Elemente zu vermeiden, welche die Substanz von Betrieben besteuern.

Vertriebenencharta: Gut 60 Jahre, nachdem am 5. August 1950 in Stuttgart die "Charta der deutschen Heimatvertriebenen" verabschiedet wurde, debatierte der Deutsche Bundestag an diesem Donnerstag über dieses Thema. Die Unionsfraktion hatte den Antrag „60 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen – Aussöhnung vollenden“ vorgelegt, der abschließend beraten wurde. Darin fordert die Union, "die Aussöhnung der Deutschen mit sich selbst beim Kapitel Vertreibung zu unterstützen" und "die Versöhnung mit den östlichen Nachbarn voranzubringen.“ Außerdem soll der 5. August zum Gedenktag gegen Vertreibung erklärt werden.

PRESSEMITTEILUNGEN:



Thomas Strobl MdB:

Zumeldung zur dpa-Meldung von 13.26 Uhr „Mappus fordert Gedenktag für Heimatvertriebene“:

Unterstützung im Bundestag für Stefan Mappus. (10.02.2011):

Die am Donnerstag von Ministerpräsident Stefan Mappus geforderte Einführung eines nationalen Gedenktages am 5. August zur Erinnerung an die Vertreibung von 14 Millionen Deutschen nach dem 2. Weltkrieg fand im Bundestag Unterstützung.

Der Heilbronner Bundestagsabgeordnete Thomas Strobl bezog sich in einer Plenardebatte zum Thema „60 Jahre Charta der Vertriebenen – Aussöhnung vollenden“ auf die Forderung von Mappus und lobte sie als vorbildlich und geschichtsbewusst.

Am 5. August 1950 hatten sich die deutschen Heimatvertriebenen in Stuttgart versammelt, um sich eine Charta zu geben, die aus dem Geist der Versöhnung heraus das Verbrechen der Vertreibung

grundsätzlich geißeln und dazu beitragen sollte, dass sich solche traumatischen Vorgänge in der Geschichte nicht mehr wiederholen.

„Ich finde, unser Ministerpräsident beweist ein gutes Gespür für historische Notwendigkeiten, wenn er die Leistung der Heimatvertriebenen, ohne die auch der Wiederaufbau Deutschlands nach 1945 kaum möglich gewesen wäre, nun auch in Form eines Gedenktages würdigen möchte“, sagte Thomas Strobl, der auch baden-württembergischer CDU Generalsekretär ist, und schloss:

„Die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP unterstützen mit ihrem Antrag den Vorstoß von Ministerpräsident Mappus.“

Strobl/Börnsen:

Am Donnerstag hat der Deutsche Bundestag den Antrag der CDU/CSU- und FDP-Fraktionen „60 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen – Aussöhnung vollenden“ verabschiedet. Dazu erklären der kultur- und medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Wolfgang Börnsen (Bönstrup) MdB sowie der zuständige Berichterstatter Thomas Strobl MdB: (10.02.2011)

„Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt die Annahme des Antrags und bedauert die bis zuletzt beibehaltene Verweigerungshaltung der Opposition. Ziel dieses Antrags ist, die verbrecherische Qualität von Vertreibungen im öffentlichen Bewusstsein stärker zu verankern und dadurch dazu beizutragen, Vertreibungen in Zukunft zu verhindern. Obwohl das internationale Recht Vertreibungen ächtet, treten sie leider immer noch auf. Jüngste Beispiele sind die Kriege und Konflikte im ehemaligen Jugoslawien Ende der 90er Jahre oder in der sudanesischen Region Darfur nach 2003.

Die Union hält die Charta der Vertriebenen für ein Gründungsdokument der Bundesrepublik Deutschland, das wesentlich zur Stabilität und zum Erfolg unserer Republik beigetragen hat. Indem die Vertreter der Vertriebenen nur fünf Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges und damit der massenhaften Vertreibungen der Rache und Vergeltung abschworen, haben sie einen wesentlichen Beitrag zur Aussöhnung mit unseren östlichen Nachbarn und zur europäischen Integration geleistet.

Es ist schade, dass der Versöhnungsgedanke der Vertriebenencharta aus anscheinend hart-

näckigen Vorurteilen der Opposition heraus nicht jene überparteiliche Zustimmung gefunden hat, die er verdient. Bisher haben alle Bundesregierungen das Schicksal der Vertriebenen und ihre positive Funktion bei der Normalisierung des Verhältnisses zu den östlichen Nachbarn anerkannt. **Wir sind davon überzeugt, dass der Antrag rasch seine friedensstiftende Wirkung entfalten wird.**“

Hintergrund: Um die vergangenen Vertreibungen im öffentlichen Bewusstsein zu halten, um sie in Zukunft zu verhindern und um die Versöhnung mit unseren östlichen Nachbarn zu fördern, enthält der Antrag sieben Forderungen an die Bundesregierung:

„– die Aussöhnung der Deutschen mit sich selbst beim Kapitel Vertreibung zu unterstützen, die Versöhnung mit den östlichen Nachbarn voranzubringen und sich im Geiste der Charta weiter für ein geeintes Europa einzusetzen;

– im Hinblick auf die immer weniger zur Verfügung stehenden Zeitzeugen nicht nur deren Berichte systematisch zu erfassen, wie es gegenwärtig in einem Projekt am Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa geschieht, sondern auch vorhandene Forschungslücken durch Interviews zeitnah zu schließen;

– die akademische Förderung der Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa auf eine Basis zu stellen und ein Konzept für die Nachwuchsförderung vorzulegen, wie etwa mit den in Deutschland ausgelaufenen Stiftungsprofessuren zu verfahren ist;

– darüber zu berichten, ob und in welchem Maße sich die Geschichte der ehemaligen deutschen Ostgebiete aus bundesdeutschen Archiven erschließen lässt und zu prüfen, ob entsprechende Archivalia in das dem Kulturgutschutz dienenden Programm des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe zur Sicherungsverfilmung einbezogen werden bzw. werden können;

– die ‘Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung’ zügig voranzubringen, um in einem überschaubaren Zeitraum die vorgesehene Dauerausstellung präsentieren zu können und darüber hinaus einen Beitrag zur Vermittlung von Forschungsergebnissen und wissenschaftlichen Erkenntnissen zu leisten;

– zu prüfen, inwiefern für die Besucher der Dokumentationsstätte des Bundes eine Gedenkmöglichkeit eingerichtet werden kann, deren Angehörige bei Flucht und Vertreibung an namenlosem Ort verstarben;

– zu prüfen, wie dem Anliegen der Initiative des Bundesrates (Bundesratsdrucksache 460/03) Rechnung getragen werden kann, den 5. August

zum bundesweiten Gedenktag für die Opfer von Vertreibung zu erheben.“



(Setzen sich erneut erfolgreich für die Belange der deutschen Heimatvertriebenen und den Versöhnungsgedanken ein: Die MdB-Kollegen Thomas Strobl und Wolfgang Börnsen)

v.i.S.d.P.:

Dr. Volker M. Schütterle
Büroleiter und wissenschaftlicher Mitarbeiter

Abgeordnetenbüro Thomas Strobl MdB

-Vorsitzender des Ersten Ausschusses
-Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg
-Vorsitzender des Vermittlungsausschusses
-Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. 030 / 227-72542
Fax 030 / 227-70132